

Umfangreiche Informationen zum Problem – Markierungen und Hervorhebungen von mir.

Zum VPI:

„Der VPI (Verbraucherpreisindex) der Statistik Austria dient seit Jahrzehnten als wichtigste Kennzahl bei Lohnverhandlungen, Mietpreis- und sonstigen Anpassungen. Der VPI hat ein paar generelle Tendenzen die gemessene Inflation nach unten zu korrigieren. Dies ist politisch wohl gewollt, da (i) niedrige Inflation den Politikern ein gutes Zeugnis ausstellt und (ii) viele daran hängende Kosten (Indexanpassungen, Pensionen, Gehälter) damit weniger steigen.“ Prof. DDr. Jürgen Huber.

Verbraucherpreisindex (VPI) und die „Gefühlte Inflation“ divergieren:

Mängel im Gefüge des aktuellen VPI

Politiker und „zunickende“ Wirtschaftsexperten bezeichnen die schwindende Kaufkraft im Geldbörstel mit „**gefühlte Inflation**“ und lassen damit viele im Regen stehen. Laut einer Expertise von Univ. Prof. DDr. Huber (Innsbruck) belasten gleich hohe Ausgaben bei unterschiedlichem Einkommen unterschiedlich. Eine Miete von € 400.- belastet ein Nettoeinkommen von € 1000.- mit 40%, eines mit € 2000.- mit 20% und eines mit € 4000.- nur mit 10%. Für Lebensmittel u.a. kann die gleiche Rechnung angestellt werden.

Bei KV-Verhandlungen spielt der **VPI** eine Rolle. Die Gewerkschaften verlangen eine Anpassung der Bruttobezüge über dem VPI. Das Ergebnis ist ein Kompromiss, bei dem die Nettobezüge oft nicht um den tatsächlichen **Kaufkraftverlust** steigen. Gilt auch für Pensionen.

Höhere Einkommen werden meist **nicht VERBRAUCHT**, sondern teils **VERANLAGT**, nicht nur als „Notgroschen“ für Reparaturen oder für Neuanschaffungen. Das Mehreinkommen, das **nicht verbraucht** wird, wird trotzdem gemäß VPI angepasst, obwohl Ertragszinsen dafür lukriert werden. **Dieser Doppelertragseffekt ist Mitursache, dass Wohlhabendere wohlhabender werden und Arme ärmer, dass die Einkommensschere aufgeht.** Dies ist eine „**Umverteilung von UNTEN nach OBEN**“ und der VPI begünstigt diese.

Geringere Kaufkraft ist nicht nur für kleine Einkommen fatal sondern für die gesamte Wirtschaft: **sinkt die Nachfrage, steigt die Arbeitslosigkeit.** Steigen die unteren Einkommen, wird die Inlandsnachfrage in der Region und damit die Wirtschaft belebt. Breite Bevölkerungsschichten – auch des Mittelstandes – sind vom Kaufkraftschwund betroffen und sind sich nicht bewusst, dass sie in Richtung Armut abgleiten. Diesen Prozess erleben wir derzeit und er ist nicht unwesentlich an der aktuell höchsten Arbeitslosigkeit seit 1945 beteiligt.

Der VPI verzerrt

Im Warenkorb des VPI befinden sich rund 800 Positionen. Eine nicht unwesentliche Ausgabe bleibt dabei unberücksichtigt. Das ist der Sektor des **Wohneigentums**. Die STATISTIK AUSTRIA begründet das damit, dass dies Investitionen seien. Dies darf man nicht ohne zu hinterfragen einfach im Raum stehen lassen. Gerade hier findet eine exorbitante Inflation statt. Bankexperten berichten, dass Jungfamilien bis zu 60% des Haushaltseinkommens für Wohnen aufwenden. **Zinsen für Wohnbaukredite, die seit der Finanzkrise in den Keller gefallen sind, werden vom VPI erfasst und dämpfen die Inflation.** Sprechen nicht Zahlen klar gegen eine nur „GEFÜHLTE INFLATION“?

Auch der Ölpreis fällt seit Monaten stark. Der Preis für Heizöl wurde günstiger. Das spüren jene deutlich, die den Tank mit Öl für den Winter füllen. Die Ärmsten aber, die sich ein Beheizen der Wohnung nur unzureichend leisten können, spüren vom Preisvorteil nichts. **Der Ölpreisverfall senkt den VPI deutlich für alle.**

Diese Beispiele zeigen, dass der VPI quasi ein „durchschnittlicher Gradmesser“ der Volkswirtschaft ist und **all´ diese Verzerrungen werden mit der nicht definierbaren „gefühlten Inflation“ abgetan.**

Um diese in den Griff zu bekommen, wurde der Vorschlag für einen **„EINKOMMENSPEZIFISCHEN INDEX (ESVPI)“** von anfänglich drei Altgewerkschaftern erarbeitet. Darauf basierend hat die HG VIII in der GdG-KMSfB einen Beschluss gefasst, dass der **ÖGB**, der **Wirtschaftsminister** oder gemeinsam mit dem **Sozialminister** bei der STATISTIK AUSTRIA den Antrag für diesen **ESVPI** stellen mögen. Dieser könnte die **„gefühlte Inflation“ transparenter** machen und ein **sozialeres Instrument** für Einkommensanpassungen liefern.

Professor Huber schließt seine EXPERTISE: **„Was benötigt wird, ist eine starke Stimme . . . , die einen solchen Index einfordert.“** Es ist zu wünschen, dass der Bundeskongress der GdG-KMSfB im November seine „starke Stimme“ unüberhörbar erhebt.

1. Per mail kann unter index.neu@aon.at **die Expertise von Univ. Prof. DDr. Jürgen HUBER und der Beschluss der HG VIII kostenlos angefordert werden.**

(Ende Kurzfassung)

Grundgedanke dieser Forderung:

Der VPI (Verbraucherpreisindex) der Statistik Austria dient seit Jahrzehnten als wichtigste Kennzahl bei Lohnverhandlungen, Mietpreis- und sonstigen Anpassungen. Entwickelt in einer Zeit, als Rechenzeit noch teuer war, gibt es **EINEN VPI für alle Einkommensklassen**. Er sollte die Gesamtinflation aller Ausgaben der Privathaushalte abbilden. Aber rund ein Viertel dieser Ausgaben werden vom VPI nicht untersucht. In diesem Volumen befinden sich z.B. Eigentumswohnungen und Eigenheime. Gerade in diesem Bereich fanden in den Ballungsräumen (wo rund 50% der Bevölkerung leben) enorme Preissteigerungen statt, die aber im VPI nicht erfasst werden. Hingegen werden vom VPI die Annuitäten für Immobilien erfasst, die aber nach der Finanzkrise (2008) aufgrund fallender Zinsen günstiger wurden, wodurch der VPI verzerrend und die Inflation beschönigend niedrig gehalten werden konnte.

Die Ausgabenmuster einkommensschwacher und -starker Gruppen unterscheiden sich jedoch dramatisch. So machen etwa Mietkosten oft 40% aller Ausgaben der Einkommensschwächsten aus, Lebensmittel weitere 30%, während bei den besser gestellten Haushalten die Miete meist null ausmacht (da sie ein Eigenheim besitzen) und Nahrungsmittel unter 10% des Einkommens betragen. Steigen nun – wie in den letzten Jahren – Mieten und Nahrungsmittel überdurchschnittlich, so erfasst der VPI dies nicht bzw. nur ungenügend, denn dort machen z.B. Mieten nur zu 4,07% (im Jahre 2012) des Gesamtindex aus. Bei einem Nettoeinkommen von

€ 1000.- würde dies eine Miete von monatlich € 40,70 bedeuten, bei netto € 2000.- monatlich

€ 81.40. Dies sind völlig realitätsfremde Werte.

Da ab September 2014 für fünf Jahre mit den Vorerhebungen der geänderten Konsumgewohnheiten begonnen wurde, muss der ÖGB im Interesse aller ein sehr wachsames Auge auf diese Vorarbeiten legen, um mögliche „Manipulationen“ von Beginn an auszuschließen.

Dazu ein erklärendes Rechenbeispiel:

(entnommen der Expertise von Univ.Prof. DDr. Jürgen Huber, Innsbruck)

Annahme: Die Preissteigerung eines Jahres betragen bei den **Mieten 6%** und der Anstieg bei **Lebensmitteln 8%**, während die Inflation **in allen anderen Bereichen im Schnitt 1%** beträgt. Die folgende Tabelle zeigt die resultierende Inflation für drei Einkommensgruppen:

Für die 10% der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen (bis 1.000,- Euro netto), die 80% mit mittlerem Einkommen (1.000,- bis 2.000,- Euro netto) und die 10% mit dem höchsten Einkommen (über 2.000,- Euro netto).

Anteil an Ausgaben für:	Inflation:			Einkommensspezifischer Inflation:			ergibt:
	Einkommen:	Miete:	Lebensmittel:	Anderes:	Miete:	Lebensmittel:	
Niedrigste:	40%	30%	30%	6%	8%	1%	5,1%
Mittlere:	15%	15%	70%	6%	8%	1%	2,8%
Höchste:	0%	10%	90%	6%	8%	1%	1,7%
VPI derzeit:	4%	13%	83%				

Die einkommensspezifische Inflation errechnet sich am Beispiel der niedrigsten Einkommen folgendermaßen:

Miete: $6\% \times 0,40 = 2,4\%$

Lebensmittel: $8\% \times 0,30 = 2,4\%$

Anderes: $1\% \times 0,30 = \underline{0,3\%}$

Summe: **5,1%**

Während sich für die höchsten Einkommensbezieher eine geringer wirksame Inflation von nur 1,7% ergibt, wirkt sich für die einkommensschwächsten Haushalte die Inflation mit 5,1% aus, da diese den Großteil ihres Einkommens für die beiden Preistreiber **Miete und Lebensmittel** aufwenden müssen.

Was hier exemplarisch vorgerechnet wurde, prägt seit Jahren die Realität vieler Menschen – genau deshalb ist die „erlebte Inflation“ viel höher als der VPI. Einkommensspezifische Preisindizes könnten hier Bewusstsein und Abhilfe schaffen. Werden diese in der Folge auch in Lohnverhandlungen berücksichtigt, **so könnte dies das immer weitere Öffnen der Schere zwischen Arm und Reich endlich stoppen** – zum Wohl der Armen, der Gesamtgesellschaft und des sozialen Friedens und Zusammenhalts. **Denn, wie oben bewiesen wurde, ist die derzeit gehandhabte Inflationsabgeltung nichts anderes als eine Umverteilung von unten nach oben!!**

Verbraucherpreisindex (VPI) und die „Gefühlte Inflation“ divergieren:

Mängel im Gefüge des aktuellen VPI

von Walter Katzmayr

Den Medien gegenüber behaupten Politiker, wenn sie auf die Inflation oder auf die schwindende Kaufkraft im Geldbörsel angesprochen werden, dass der monatlich von der STATISTIK AUSTRIA veröffentlichte **Verbraucherpreisindex (VPI)** sehr wohl allgemeingültig stimme, und die von vielen in der Bevölkerung „gefühlte Inflation“, die deutlich höher liegt, statistisch nachweislich nicht gegeben ist. Auch einzelne Wirtschaftsexperten vertreten ungeprüft diese Meinung. Damit lassen Politiker und einzelne „zunickende Experten“ viele Mitbürger – vor allem jene mit geringerem Einkommen – im Regen stehen, denn subjektiv wahrgenommene schwindende „Kaufkraftgefühle“ sind eben Gefühle und kein wissenschaftlich belegte Tatsachen. Dieser oberflächlichen Meinung vieler „Experten“ muss klar und deutlich widersprochen werden.

Laut einer Expertise von Univ. Prof. DDr. Jürgen Huber, Innsbruck, belasten gleich hohe Ausgaben (beispielsweise für Miete oder Lebensmittel u.a.) das Geldbörsel bei unterschiedlichem Einkommen unterschiedlich stark. Eine Miete in Höhe von € 400.- belastet ein Nettoeinkommen von € 1000.- mit 40%, eines mit netto € 2000.- nur mehr mit 20% und eines mit netto € 4000.- gar nur mehr mit 10%. Am Beispiel für Lebensmittel und anderen Ausgaben kann die gleiche Rechnung angestellt werden.

Bei Lohn- und Gehaltsanpassungen spielt der **VPI** eine wesentliche Rolle. Die Gewerkschaften versuchen beim Einstieg in die KV-Verhandlungen eine Anpassung der Bruttobezüge möglichst deutlich über dem VPI zu verlangen. Das Ergebnis ist dann ein Kompromiss, bei dem die Nettobezüge meist nicht um den tatsächlichen **Kaufkraftverlust gemäß VPI** steigen und damit Kaufkraftsteigerungsträume jäh dahinschmelzen. Bei den Pensionen ist der VPI fix die Richtschnur bei den Anpassungen und nicht der Pensionisten-Index, der seit seiner Einführung im Juni 2006 meist nur um ganz wenige Zehntelprozentpunkte über dem VPI liegt.

Überdurchschnittlich höhere Bezüge von manchen Aktiven und Pensionisten werden von diesen aber zu meist nicht **VERBRAUCHT**, sondern teilweise – je nach Höhe des Bezuges – auch **VERANLAGT**, nicht nur als Notgroschen für eine allfällige Reparatur der Waschmaschine oder auch für eine Neuanschaffungen. Dieses Mehreinkommen, das überlebensnotwendig gar nicht **verbraucht** wird, wird trotzdem mit dem selben **Verbraucherpreisindex** angepasst und durch das Veranlagen des nicht verbrauchten Bezuges können dann nochmals Ertragszinsen bei der Veranlagung am Spargbuch (derzeit zwar sehr gering, aber es war nicht immer so) oder bei anderen Veranlagungsformen erzielt werden.

Dieser doppelte Ertragseffekt ist eine der Ursachen, dass Wohlhabendere (Reiche) wohlhabender (reicher) werden und Arme ärmer, dass also die

vielzitierte Einkommensschere aufgeht. Dieses Faktum wurde vereinzelt in den Medien aufgezeigt und unmissverständlich als Umverteilung von UNTEN nach OBEN bezeichnet, eine Umverteilung, die die Anwendung des Verbraucherpreisindex bei Gehalts- und Pensionsanpassungen seit Jahrzehnten begünstigt.

Dieser seit vielen Jahren stattfindende Kaufkraftschwund ist nicht nur für die unterste Einkommensschicht fatal sondern vor allem auch für die gesamte Volkswirtschaft: sinkt die Nachfrage, steigt die Arbeitslosigkeit. Steigt hingegen die Kaufkraft im unteren und nicht nur im untersten Einkommenssegment, wird dadurch fast ausschließlich die Inlandsnachfrage bei den regionalen Unternehmen gesteigert und solcherart die Wirtschaft belebt.

Es gibt verschiedene Darstellungsformen über Armut in Österreich, die geringfügig divergieren: über 5% der Bevölkerung leben in Armut, die sich oft nicht einmal das Beheizen der Wohnung leisten können, weitere über 7% sind armutsgefährdet und über 20% müssen mit Einschränkungen beim Lebensstandard leben. Insgesamt kann man von rund einem Drittel der österreichischen Bevölkerung sprechen, die bereits in Armut leben oder die in Richtung Armut permanent abgleiten, weil die Kaufkraft schwindet, weil die Inflation mit dem "Durchschnittswert" eines VPI nicht abgegolten wird, weil permanent schleichend eine Umverteilung von UNTEN nach OBEN stattfindet. Die vorhin angeführten Prozentsätze zeigen auf, dass von diesem Prozess breite Bevölkerungsschichten auch des sogenannten Mittelstandes betroffen sind, die sich noch nicht bewusst sind, dass sie in Richtung Armut ständig abgleiten. Erstes Alarmsignal dafür ist, dass der sogenannte Notgroschen dahinschmilzt oder anfänglich auch nur der kaufkraftsichernde Zuwachs des Notgroschens sinkt.

Alles zusammen bewirkt, dass die Nachfrage teils fatal einbricht und in weiterer Folge die Arbeitslosigkeit zunimmt. Diesen Prozess erleben wir derzeit deutlich spürbar und sogar zunehmend in den letzten Jahren und er ist nicht unwesentlich an der derzeit höchsten Arbeitslosigkeit seit dem Zweiten Weltkrieg beteiligt.

Der VPI verzerrt

Im sogenannten Warenkorb des VPI befinden sich rund 800 Positionen, die nicht alle Einkommensgruppen gleich stark betreffen, und manche wesentliche Ausgaben werden in den 800 Positionen gar nicht berücksichtigt. Das sind beispielsweise der gesamte Sektor des **Wohneigentums, also Eigenheime, Eigentumswohnungen und Baugrundstücke**. Die STATISTIK AUSTRIA begründet das damit, dass dies Investitionen seien. Jeder von uns investiert täglich in sein nacktes Überleben, indem er Lebensmittel kauft. Diese Begründung darf man nicht ohne zu hinterfragen einfach im Raum stehen lassen. Nach dem bekannten Soziologen Maslow gehört **WOHNEN, NAHRUNG und KLEIDUNG** zu den Grundbedürfnissen. Fällt eines von diesen auf Dauer gänzlich aus, gibt es kein Überleben. Maslow fragt nicht und unterscheidet nicht nach Mietwohnung oder Wohneigentum oder ob es auch nur ein Unterschlupf für die Obdachlosen ist. Warum streicht die STATISTIK AUSTRIA Wohneigentum aus der Liste des Warenkorbes, wo doch gerade hier eine exorbitante Inflation stattfindet.

Die Medien berichteten erst in der ersten Augustwoche, dass laut „Preisentwicklung Immowelt.at“ **die Immobilienpreise bis zu 51% seit 2010 gestiegen sind**. Das ist also ein starker Inflationsfaktor, der unberücksichtigt bleibt und der vor allem die Jungfamilien und Jungpartnerschaften hart trifft. Experten aus dem Bankensektor berichten, dass diese Gruppe bis zu 60% des gemeinsamen Haushaltseinkommens für Wohnen aufwendet. Dieser enorme Preistreiber bleibt vom VPI unberücksichtigt. **Im Gegensatz aber werden die Kreditzinsen, die seit der Finanzkrise in den Keller gefallen sind vom VPI erfasst und dämpfen derzeit den Inflationsverlust**. Ist das nur eine gefühlte Inflation oder sprechen die Zahlen eine andere Sprache?

Ein zweites Beispiel macht ebenfalls deutlich, dass mittels VPI Verzerrungen stattfinden. Der Ölpreis fällt seit Monaten stark. Der Preis für Heizöl wurde erfreulicher Weise für viele günstiger. Das spüren jene deutlich, die jetzt den Tank mit Öl für den Winter füllen. Jene Ärmsten aber in unserer Gesellschaft, die sich ein Beheizen ihrer Wohnung nicht oder nur unzureichend leisten können – davon sind viele Familien und leider auch Kinder laut Armutsstudie wie oben schon erwähnt betroffen –, spüren von diesem Preisvorteil nichts oder fast nichts, weil sie sich ein Beheizen nur unzureichend leisten können. **Trotzdem senkt dieser Ölpreisverfall den VPI deutlich für alle, obwohl nicht alle davon profitieren.**

Anhand dieser wenigen Beispiele wird deutlich, dass der Verbraucherpreisindex (VPI) quasi ein „durchschnittlicher Gradmesser“ für die gesamte Volkswirtschaft ist und hier, wie vorhin schon dargestellt, überdies wesentliche Bereiche ausklammert. All' diese Verzerrungen werden mit dem nicht näher definierbaren Begriff „gefühlte Inflation“ abgetan.

Um diese „gefühlte Inflation“ in den Griff zu bekommen, wurde der Vorschlag für einen „**EINKOMMENSPEZIFISCHEN INDEX (ESVPI)**“ erarbeitet, der natürlich je nach Definierung von markant unterschiedlichen Einkommensgruppen mehrere Indices ermitteln müsste. Univ. Prof. DDr. Jürgen Huber (Innsbruck) hat dazu dankenswerter Weise kostenlos für eine **Initiativgruppe von anfänglich drei Altgewerkschaftern – Prof. Hofrat Dr. Martin Strimitzer (FCG / vormals GÖD-Landesvorsitzender Tirol und Präsident des Bundesrates), LAbg. und Klubobmann der SPÖ a.D. Alfons Kaufmann (FSG / vormals Landessekretär des ÖGB TIROL) und Walter Katzmayr (FCG / GdG-KMSfB)** – eine Expertise verfasst, die zu dieser Problematik überzeugende Argumente einbringt. Darauf basierend hat die HG VIII in der GdG-KMSfB auf Antrag von Kollegen Walter Katzmayr schon am 6. Juni 2014 einen Beschluss gefasst, dass der ÖGB oder der Wirtschaftsminister alleine aus seiner Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs oder gemeinsam mit dem Sozialminister bei der STATISTIK AUSTRIA den Antrag auf Erhebung dieses ESVPI stellen mögen. Damit könnte endlich die „gefühlte Inflation“ transparenter gemacht werden und allenfalls ein neues Instrument für Lohn-, Gehalts- und Pensionsanpassungen liefern,

um die Kaufkraft in breiten Bevölkerungsschichten zumindest stabil zu erhalten und damit die Nachfrage nachhaltig zu beleben, um die Arbeitslosigkeit abzubauen.

Beim Antrag an die STATISTIK AUSTRIA muss besonders darauf geachtet werden, dass für markant unterschiedliche **Einkommensgruppen** unterschiedliche **Warenkörbe** zu erheben sind und die einzelnen Positionen dementsprechend unterschiedliche **Gewichtungen** haben. Ferner sollte von allem Anfang an eine starke, unabhängige, begleitende Kontrollinstitution geschaffen werden, die die Erarbeitung und Umsetzung dieser Kriterien ausgewogen im Interesse des Einzel- und Allgemeinwohls überwacht.

Professor Huber schließt seine EXPERTISE: „Was benötigt wird, ist eine starke Stimme, die einen solchen Index einfordert. Dies verursacht gewisse, überschaubare Kosten, doch wäre dieses Geld sehr gut investiert.“ Es ist zu wünschen, dass der Bundeskongress der GdG-KMSfB im kommenden November seine „starke Stimme“ diesbezüglich unüberhörbar erhebt.

6. Alle Kolleginnen und Kollegen können per mail unter INDEX.NEU@aon.at diese **Expertise von Univ. Prof. DDr. Jürgen HUBER und den Beschluss der HG VIII in der GdG-KMSfB vom 6.Juni 2014 kostenlos anfordern.**
-

Aus dieser Quelle entnommen:

<http://www.tt.com/wirtschaft/8161560-91/ruf-nach-einem-neuen-preisindex.csp>

Ruf nach einem neuen Preisindex

Weil Preistreiber wie Essen und Mieten die Armen härter treffen als die Reicheren, gehört die Berechnung der Inflation reformiert, kritisieren Experten. Sie fordern einkommensspezifische Inflationsraten.

Von Max Strozzi

Innsbruck – Ob als Basis für Lohnverhandlungen, für Mietpreiserhöhungen oder als Indikator für die Inflation: Der Verbraucherpreisindex (VPI) der Statistik Austria, der die Entwicklung der Preise darstellt, ist eine der wichtigsten Kennzahlen. Der Innsbrucker Uni-Professor und Finanzexperte Jürgen Huber sowie Tirols Caritas-Direktor Georg Schärmer äußern nun massive Kritik an der Erhebungsmethodik des VPI und machen sich für eine Reform des Preisindex stark. Denn die tatsächliche Teuerung für ärmere Haushalte sei deutlich höher, als es der Index aussagt. Der Grund: Wenigverdiener müssen einen viel größeren Teil ihres Einkommens etwa für die Preistreiber Essen und Wohnen ausgeben als Besserverdiener.

Huber gibt ein Beispiel: Einkommensschwache müssen für Mietkosten oft 30 bis 40 % ihres Budgets ausgeben, weitere 30 % für Lebensmittel. Besser gestellte Haushalte hingegen zahlen oft keine Miete, weil sie ein Eigenheim besitzen. Für Nahrungsmittel geben sie weniger als 10 % des Einkommens aus. Steigen nun wie in den letzten Jahren Mieten und

Lebensmittel überdurchschnittlich, so erfasse der VPI dies laut Huber nur **ungenügend, denn dort machen etwa Mieten nur knapp 4 % des Gesamtindex aus.** „Zu wenig für die Armen, zu viel für die Reichen“, so Huber. Von Ende 2010 bis Februar 2014 habe die Inflation summiert 8,5 % betragen. Für Wenigverdiener, die mehr ihres Einkommens für Miete und Essen ausgeben, sei die tatsächliche Inflation aber bei 11,7 % gelegen, für Reichere hingegen nur bei 5,3 %. „Der derzeitige Index bildet nicht das tatsächliche Konsumverhalten ab“, kritisiert Huber.

Er und Schärmer fordern daher einen einkommensspezifischen Verbraucherpreisindex, was sich – wenn die Preisentwicklungen so bleiben wie zuletzt – in einer höheren Inflationsrate für ärmere Haushalte und einer niedrigeren für Besserverdiener auswirken würde. Als Folge daraus sollten die Löhne für Geringverdiener stärker steigen, für Besserverdiener weniger stark. „Somit würde die Schere zwischen Arm und Reich kleiner, die Kaufkraft der Ärmeren gesteigert und ständig steigende Transferzahlungen unnötig werden“, argumentieren Huber und Schärmer. Der Caritas-Chef könnte sich vorstellen, in Einkommensstufen von 1000 Euro eigene Inflationsraten zu erstellen. „Die Statistik Austria hätte die Daten, in kürzester Zeit wären sie ausgewertet. Dann würde die Regierung sehen, dass die Inflation für Arme viel höher ist“, meint Huber.

Aus seiner Sicht gehöre der VPI generell reformiert. Der Finanzexperte ortet bereits bei der Erhebung der Daten große Mängel. Ein Knackpunkt ist der Warenkorb, wo von Brot über Sprit, Mieten oder Schmuck die Preise von rund 800 Produkten und Dienstleistungen aufgelistet und gewichtet werden. **Mieten fallen eben mit rund 4 % ins Gewicht – somit geht man davon aus, dass ein Haushalt nur 4 % seines Einkommens für Mieten ausgibt.** In der Realität ist es oft viel mehr.

Huber kritisiert, wie die Gewichtung zustande kommt. Sie basiert größtenteils auf der Konsumbefragung, die alle 5 Jahre stattfindet, zuletzt 2009/2010. Dabei werden über ein Jahr verteilt rund 6500 Haushalte gebeten, 14 Tage lang ein Haushaltsbuch zu führen. „Was einmal in nur 14 Tagen erhoben wird, gilt die nächsten fünf Jahre. Das ist problematisch“, so Huber. Aus seiner Sicht nicht das einzige Manko. Denn insgesamt geben Österreichs Haushalte zwar jährlich 168 Mrd. Euro aus, „doch nur drei Viertel davon werden im Warenkorb dargestellt und vom VPI erfasst“, so Huber. Denn erfasst wird etwas nur, wenn es mindestens 0,1 % der Gesamtausgaben ausmacht. Auch im Warenkorb selbst klaffen Lücken. Unter den Kosten für Eigentumswohnungen etwa würden nur Kreditzinsen erfasst, nicht aber der Preis für den Wohnungskauf selbst. Huber: **„Somit fließen die Preistreiber Grund und Eigentumswohnungen in die ganze Inflationsberechnung gar nicht ein.“**

Liebe BlogleserIn,

ein sehr interessanter Gastbeitrag bzw. Leserbrief von Herrn Walter Katzmayr aus Schwaz zu dem TT Artikel über den Verbraucherpreisindex der anhand eines sehr fragwürdigen Warenkorb, weit von der wirtschaftlichen Realität der Mehrheit der Bevölkerung, erhoben wird.

PREISINDEX: „HEILT MAN KREBS MIT ASPIRIN?“

Mit dem umfassenden Beitrag zur „politischen Mogelpackung“ Preisindex hat die TT auf ein fragwürdiges wirtschaftspolitisches Instrument punktgenau hingewiesen, das sich längst als oberflächlich – schon beginnend mit den Vorerhebungen – und absolut untauglich für die Erhaltung der Kaufkraft, d.h. für die Anpassung von Löhnen, Gehältern und Pensionen erwiesen hat. Die Erhaltung oder besser noch die Steigerung der Kaufkraft in breitesten Bevölkerungsschichten ist aber der wichtigste Motor für eine florierende Wirtschaft. Denn nur dann geht´s der Wirtschaft gut, wenn´s uns allen gut geht! Das heißt: spürbare Kaufkraft in allen Geldbörsen!

Durch die seit vielen Jahren (seit ca. 1990) weitaus unterinflationäre Anpassung der Masseneinkommen gemäß Preisindex (VPI) und nicht gemäß der tatsächlichen Inflation, die die Politiker leichtfertig als „gefühlte Inflation“ bagatellisieren und damit den Kern des gesamtwirtschaftlichen Problems verkennen, mussten die Armen ärmer werden und ferner aufgrund schwindender Kaufkraft und Nachfrage viele, ja viel zu viele Arbeitnehmer arbeitslos werden.

In den Jahren bis 2007/08 hat in den USA die exorbitante Inflation der Immobilienpreise aufgrund der Spekulation und die gleichzeitig leichtfertige Vergabe der dazu notwendigen Kredite die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst. In Österreich macht man ungebremst die gleichen fatalen Fehler weiter. Jeder weiß, dass die Preise für Wohnen in Österreich sowohl bei Eigentum (Wohnung oder Haus) als auch bei Miete permanent stark steigen, und in der Folge für viele und laufend für immer mehr unleistbar wurden. In den letzten 25 Jahren verging kaum ein Monat, in dem die Kosten für Wohnen laut VPI nicht zu den Inflationstreibern gehörten. Das Problem Wohnen war in Österreich und besonders in Tirol seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie gelöst. Wohnen haben die Politiker zum „chronischen Problem“ gemacht!

Der VPI erfasst die enorme Inflation im gesamten Bereich Wohneigentum und Miete nur unzureichend(!!!). Damit wird dem heimischen Wählervolk und internationalen Interessenten eine niedrigere Inflation von den verantwortlichen Politikern vorgegaukelt. Und trotzdem liegt im Februar 2014 im europäischen Vergleich unser VPI immer noch im Spitzenfeld hinter Großbritannien (1,9%), Finnland und Malta (1,6%) und Österreich (1,5%). Irland, Spanien und Schweden haben gar nur 0,1% Inflation, unsere Nachbarn Slowenien (0,2%), Tschechien und Ungarn (0,3%) und auch Italien (0,4%) liegen bei der Inflation weit unter uns.

Die Mieten werden im VPI von der STATISTIK AUSTRIA mit nur rund 4% im Warenkorb gewichtet, obwohl für viele Haushalte die Miete der höchste Ausgabeposten ist. Nahezu jeder Mieter weiß aus eigener Erfahrung, dass seine Miete (inkl. MWSt. aber ohne Betriebs- und Heizkosten) mehr als 4% seines Haushaltsnettoeinkommens ausmacht, ja häufig bis zum Fünf- und Zehnfachen.

Das gesamte Nettoeinkommen aller privaten Haushalte Österreichs betrug im Jahr 2012 182 Mrd. Euro. Davon gingen 14 Mrd. auf Veranlagungen (Sparbücher, Wertpapiere etc.). Von den verbleibenden 168 Mrd. werden 42 Mrd. (= 1 Viertel des für den „Konsum“ verbleibenden Haushaltsnetto-

einkommens) vom VPI auf Inflation nicht(!!!) untersucht, obwohl sich hier INFLATION im Höchstmaß „austobt“ (z.B. Verteuerungen am Immobiliensektor). Die verbleibenden 126 Mrd. EURO vom Nettoeinkommen aller Haushalte werden auf Inflation „abgeklopft“.

Das Gesamtvolumen für Mieten beträgt demnach (bei 4% von 126 Mrd) 5,04 Mrd. EURO. Rund die Hälfte aller österreichischen Haushalte (=1,85 Mio) wohnen in Miete. Das ergibt eine durchschnittliche Jahresmiete von € 2.724.- oder € 227.- monatlich. Sehr günstige Wohnungen haben eine Miete von € 5.-/m². Mit einer Monatsmiete von € 227.- finanziert man damit eine 45m²Wohnung, bei € 7.-/m² sind nur mehr 32m² leistbar und bei € 10.-/m² sind gemäß VPI der STATISTIK AUSTRIA gerade noch rund 23m² leistbar. **Wir nähern uns wieder gefährlich den Wohnverhältnissen des „Wiener Proletariats“ um 1900.**

An diesem Beispiel erkennt man, dass im VPI gewaltige Mängel stecken und die Politiker lassen diese über Jahrzehnte passieren. Und obwohl sie darüber regelmäßig auch durch die Medien informiert werden, handeln sie nicht und verlieren zu Recht eine Wahl nach der anderen.

Der VPI ist absolut ungeeignet, die Kaufkraft der Österreicherinnen und Österreicher zu erhalten oder gar zu steigern, um den Wirtschaftsmotor am Laufen zu halten oder vielleicht sogar Gas zu geben, um die derzeit höchste Arbeitslosigkeit seit den 50er Jahren abzubauen und künftig zu verhindern. Dazu ist der VPI ebenso ungeeignet, wie zur Heilung von Krebs das altbewährte ASPIRIN.

Zur Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft ist ein Einkommens-spezifischer Verbraucherpreisindex (ESVPI) notwendig, der die Nettoeinkommen gestaffelt etwa nach dem 1. Tausender, dem 2. und dem 3. unterschiedlich gemäß tatsächlicher oder „gefühlter“ Inflation anhebt. Diesen ESVPI könnte, sollte – ja müsste – ein verantwortungsbewusster Wirtschaftsminister oder der Sozialminister oder die ganze Regierung beantragen. Wenn diese alle nicht handeln, kann auch die Wirtschafts- oder die Arbeiterkammer oder auch der ÖGB diesen bei der STATISTIK AUSTRIA beantragen. Die Sozialpartner und Seniorenvertreter sind dann gefordert, den ESVPI bei den Anpassungsverhandlungen einzusetzen.

Eine letzte Frage ist noch offen: wer soll das bezahlen? Die Kosten bei der STATISTIK AUSTRIA könnten vom nutzlosen Pensionistenindex zum ESVPI umgeschichtet werden.

Für die Steigerung der breiten Kaufkraft braucht es vorerst **auch NOCH keinen Zugriff auf den angespannten Steuertopf (Steuerreform, Steuersenkung)**. Fand bisher seit Jahrzehnten infolge des VPI eine Umverteilung von unten nach oben statt, könnte der ESVPI eine Trendumkehr bewirken zu einer Umverteilung von oben nach unten. Es braucht daher dafür keine zusätzliche Millionärssteuer und auch keine höhere Staatsverschuldung und ebenso auch keinen weiteren Ausbau der tödlichen Seuche „Subventionitis“.

Walter Katzmayr

6130 Schwaz

Liebe BlogleserIn,

aus dieser Quelle zur weiteren Verbreitung

entnommen:<http://www.wirtschaftsblog.info/archiv/2013/unsere-wirtschaft-waechst-um-00-wirklich/>

Heimliche statistische Umstellungen und einiges mehr wurden bereits hier (Teil I von III) behandelt:<http://www.aktivist4you.at/wordpress/2014/04/04/die-neuerung-der-teuerung-gastkommentar-der-autoren-vom-wirtschaftsblog-at-taeuschung-der-beteiligten-uns-buerger-hilft-der-reputation-der-regierung-und-der-volkswirtschaftszahlen-frisst-aber-d/>

Unsere Wirtschaft „wächst“ um 0,0% – wirklich?

Vor kurzem haben wir an dieser Stelle die **sehr heimliche Umstellung des Verbraucherpreisindex diskutiert**. Diese fiel ausgesprochen inflationsmindernd aus. Doch es **handelt sich dabei nur um einen Teil dessen, was die Statistik in Sachen Teuerung an Kreativität aufzubieten hat**.

Ein mindestens ebenso wichtiger, aber größtenteils ignoriertes Preisindex, ist der BIP Deflator. Der BIP Deflator weist die Teuerung der Produktion aus, unterscheidet sich aber auch sonst noch in vielerlei Hinsicht vom VPI.

Ökonomisch bedeutend ist der **BIP Deflator** weil er, wie der Name schon sagt, den Unterschied **zwischen realem und nominellem Wirtschaftswachstum definiert**. Wächst die Wirtschaft nominell um 5%, liegt die Teuerung laut BIP Deflator bei 2%, dann gibt es 3% reales Wachstum, wenn wir exakte Prozentrechnung mal außen vor lassen. So weit wäre der Zusammenhang trivial.

Zur Errechnung des VPI nutzt man bekanntlich einen Warenkorb. Ein solcher fehlt dem BIP Deflator allerdings als Basis. Er ergibt sich vielmehr dadurch, dass man nominelles durch reales BIP dividiert. Die Teuerung wird in diesem Fall also nicht direkt ermittelt, sondern **ist Folge der Einschätzung** der jeweiligen realen bzw. nominellen Wachstumsraten durch die Statistik. Und in dieser Frage wird viel geschätzt.

Ein weiterer Unterschied zwischen VPI und BIP Deflator besteht im abzudeckenden Umfang. Während der VPI nur Konsumgüter umfasst, soll der BIP Deflator die gesamte inländische Produktion, also etwa auch Investitionsgüter oder den öffentlichen Bereich enthalten. Am Beispiel Ölpreis lässt sich dieser Unterschied gut verdeutlichen.

Steigt der Ölpreis, so schlägt sich das in den Verbraucherpreisen nieder. Da aber Öl, bis auf einen geringen Anteil, **nicht im Inland produziert (sprich gefördert) wird, ergibt sich daraus kaum Einfluss auf den BIP Deflator.** Das gilt übrigens auch für Güter und Dienstleistungen in die Rohöl als Vorprodukt einfließt.

Trotz all dieser Abgrenzungsfragen, und diese könnte man erheblich vertiefen, sollten VPI und BIP Deflator langfristig weitestgehend die gleiche Teuerung ausweisen. Die Preisentwicklung bei Investitionsgütern wird sich nicht grundsätzlich von jener von Konsumgütern unterscheiden. Die Lohnkosten im öffentlichen Sektor sind nicht völlig losgelöst von den privaten Wirtschaftsbereichen, auch wenn man das manchmal glauben möchte. Und Ölpreisschocks bewirken zwar kurzfristig ein Auseinanderlaufen der beiden Preisindizes, aber auch das gleicht sich langfristig wieder aus.

Lange Zeit war es denn auch so. Es gab zum Teil erhebliche Schwankungen (eben aufgrund des Ölpreises) in den jeweiligen Inflationsraten, **grosso modo verliefen beide Indizes aber mehr oder minder parallel.** Doch **dann kam die Boskin Kommission.**

Boskin Kommission? Mitte der 90er Jahre wurde unter dem Vorsitz des Wirtschaftsprofessors Michael Boskin in den USA **eine Kommission ins Leben gerufen, die das deklarierte Ziel hatte die Inflation zu bekämpfen.** Das sollte freilich nicht durch eine konservative Geldpolitik, oder durch niedrige Lohnabschlüsse geschehen, sondern durch **eine Revision der „Preismessung“.** Wobei zu bedenken ist, dass es sich hierbei **um eine politische Initiative handelte** und die Ökonomen in dieser Kommission das „wissenschaftliche“ Alibi liefern sollten.

Man fand wenig überraschend heraus, dass die herkömmliche Inflationsberechnung die Teuerung um 1,3% zu hoch ausweisen würde. Diverse Sozialleistungen die sich an der Teuerung orientierten, Renten, Pensionen usw., würden daher viel zu großzügig bemessen. Der Staat, aber auch private Pensionsversicherer, würden dadurch enorm geschädigt. Es wäre von daher dringend notwendig die Inflationsbestimmung auf neue Beine zu stellen.

Ähnlich wie beim Klimawandel **waren damit die Würfel gefallen, lange bevor eine öffentliche oder zumindest wissenschaftliche Diskussion zum Thema stattfinden durfte. Man wird vermuten dürfen, dass der politische Willensbildungsprozess bereits einige Zeit vor diesen „Ergebnissen“ abgeschlossen war.** Jedenfalls wurden umgehend Reformen umgesetzt, erst in den USA, und bald danach in Europa.

Einer der Reformansätze bestand in der sogenannten Hedonisierung. Damit ist die qualitative Bewertung eines Produkts gemeint. Wenn etwa eine 1.000 GB große Festplatte 80 Euro kostet, und man zwei Jahre später für den gleichen Preis 2.000 GB bekommt, dann hätte sich der Preis halbiert. Diese Herangehensweise führt dazu, dass der technische Fortschritt im Bereich der Mikroelektronik die Inflationsrate bedeutend senkt.

An sich wäre zu hinterfragen, ob ein doppelt so leistungsfähiger Computer und auch doppelt so „reich“ macht, bzw. mit doppeltem Nutzen verbunden ist. Wenn diese Ressourcen darauf verwendet werden müssen immer aufgeblähtere Software zu unterstützen, das Nutzungsverhalten sich aber kaum ändert, dann wird man das entschieden verneinen müssen.

Unabhängig von dieser Frage sickert aber die nunmehr enorme Deflation im Bereich Mikroelektronik (locker mal -30% pro Jahr) in die allgemeine Inflationsrate ein. Selbst wenn diese Güterklasse nur mit 3% gewichtet sein sollte, ergäbe sich daraus ein Deflationsbeitrag von **$3\% \times 30\% = 0,9\%$ p.a.**

Über längere Zeiträume kann das zu erheblichen und sinnwidrigen Verzerrungen führen, der Effekt summiert sich. Auch wenn diese Güterklassen nie einen höheren Anteil als 3% an der Wirtschaftsleistung hatten, können sie innerhalb von zwei Jahrzehnten **über den Preismechanismus Wirtschaftsleistung und Wohlstand locker um 15-20% erhöhen, und damit dominanten Charakter erlangen.**

Es dürften politische Überlegungen gewesen sein, die dazu führten, **dass sich die**

neuen Tricks zunächst primär im BIP Deflator niederschlugen. Dieser steht kaum im Fokus der Öffentlichkeit, allfällige Ungereimtheiten sollten von daher nicht weiter auffallen. Und anders als der VPI, dessen Inflationsraten in Stein gemeißelt sind und im Nachhinein nicht mehr geändert werden, **revidiert man den BIP Deflator auch noch nach zwei Jahrzehnten.**

Exemplarisch seien die Auswirkungen im Zeitraum 91-97 gezeigt:

BIP	Version 2012		Version 2010		Version 2001		Version 2000	
	nominell	real (Index)	nominell	real	nominell	real	nominell	real
1991	145,95	73,0	146,08	74,4	143,23	160,84	141,41	111,61
1992	154,19	74,5	154,21	75,8	151,83	164,54	149,51	113,11
1993	159,27	74,9	159,16	76,1	156,94	165,23	154,45	113,69
1994	167,22	76,7	167,01	77,8	165,41	169,54	162,42	116,40
1995	174,79	78,8	174,61	79,8	172,29	172,29	169,24	118,36
1996	180,56	80,7	180,15	81,5	178,05	175,74	175,48	120,71
1997	184,32	82,6	183,48	83,3	182,49	178,54	182,73	123,75
nom/real	26,29%	13,15%	25,60%	11,96%	27,41%	11,00%	29,22%	10,87%
BIP Deflator	11,61%		12,18%		14,78%		16,55%	

Laut VPI betrug die Teuerung in diesem Zeitraum 17,1%, lag also nahezu gleich auf mit jenem Wert den der BIP Deflator noch in den Statistiken des Jahres 2000 auswies. In den Jahren darauf lies man mehr und mehr die neuen Ansätze einfließen und **revidierte die Teuerung rückwirkend.** Nach den aktuellen Angaben hätte diese nur mehr 11,61% betragen, wäre also um 5,5% (=0,9% p.a.) geringer gelegen als die Teuerung laut VPI. **Im Gegenzug wurden die Angaben zum nominellen Wachstum „entlastet“, und zugleich mehr reales Wachstum behauptet.**

Natürlich gelten die neuen Regeln auch für die Jahre danach. **Jahr für Jahr fällt dadurch das Wirtschaftswachstum um ca. 0,9% höher aus.** Angesichts eines tendenziellen Nullwachstums ist das ein wahrer Segen, zumindest für die Regierung. Denn niemand sonst hat was davon.

Den Bürger für blöd zu verkaufen ist eine Übung die konsequent umgesetzt sein will. Was liegt daher näher als per staatlichem Rundfunk noch eins drauf zu setzen? Unter der Überschrift **„die rechnerischen Tricks der USA“** wird also mit dem nackten Finger nach Übersee gezeigt und zugleich behauptet, dass man sich hierzulande vehement gegen solche Tricks wehren würde. **In Anbetracht der Realität handelt es sich dabei freilich um pure Propaganda.**

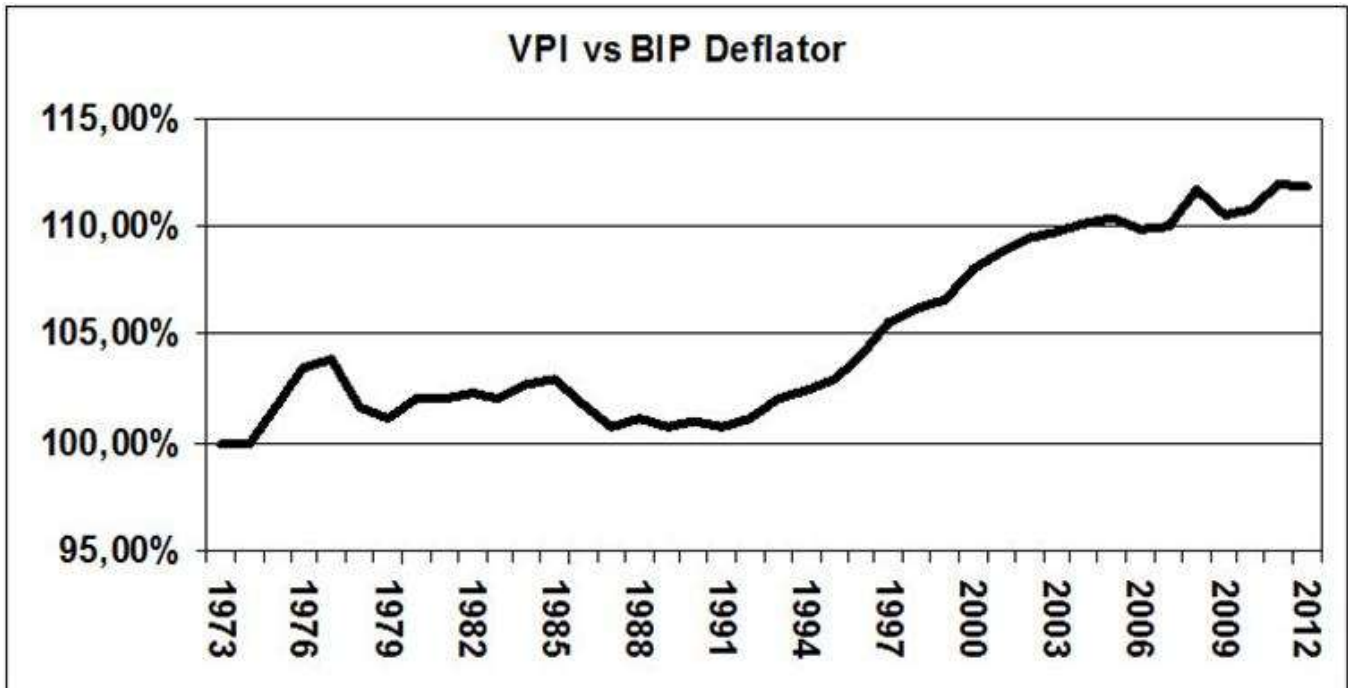
Dabei hängt die Sache ohnehin völlig in der Luft. Wie gesagt, soll der BIP Deflator die Teuerung der Produktion, nicht der Konsumation darstellen. Mit der laufenden Verbilligung von Elektronikartikeln hat die österreichische Wirtschaft aber wenig zu tun, wir importieren das meiste davon. Wenn in Fernost unter US-amerikanischer Anleitung effizientere Mikrochips produziert werden, dann sind wir bestenfalls Zuschauer.

Seit 1991 lag nun die Teuerung des VPI um 11% höher als jene des BIP Deflators. Schon allein von daher wird sichtbar, woher ein Großteil des Wirtschaftswachstums der letzten zwei Jahrzehnte kam. Das sollte man auch bedenken, wenn man wieder darüber gejubelt wird, wie sehr wir von EU Beitritt, Euro und den neuen Märkten in Osteuropa profitiert hätten.

Natürlich findet sich hierin auch eine Teilerklärung für die Frage, wieso die Reallöhne sich vom Wirtschaftswachstum entkoppelt haben. Dabei handelt es sich **schlicht um ein statistisches Artefakt aufgrund der Verwendung unterschiedlicher Preisindizes.**

Eine niedere Inflation stellt der Politik ein gutes Zeugnis aus und verschönt/verfälscht wichtige staatliche Kennziffern, wie die Staatsneuerschuldung, BIP, Reallohn

So haben wir nicht nur fiktives Wirtschaftswachstum, sondern ebenso fiktives Reallohnwachstum. Zwar werden nahezu zeitlich auch mehr Staatsschulden eingerechnet, doch andere Relativzahlen, **wie die Neuverschuldung oder Abgabenquote,** werden davon erheblich profitieren. Und mit Sicherheit werden sich diverse Politiker nicht zu blöd dafür sein, die erfolgreiche Senkung der Abgabenquote auf ihre Fahnen zu schreiben. **unsere Abgabenquote ist um ca. 2,4% niedriger,** die **Staatsverschuldung fällt um einige Prozentpunkte niedriger aus,** und natürlich **auch die Neuverschuldung.**



Immerhin haben sich beide Preisindizes in den letzten Jahren wieder angenähert. Zwischen 2005 und 2012 lag der gesamte Unterschied nur mehr bei 1,1%. Es sieht also ganz so aus, als ob die schlimmsten Auswüchse überstanden seien.

Leider aber sieht es nur so aus. Wie wir unter dem Titel „die Neuerung der Teuerung“ schon gezeigt haben, hat man ab 2005 einfach zusätzlich noch am VPI gedreht. **So haben wir nicht nur fiktives Wirtschaftswachstum, sondern ebenso fiktives Reallohnwachstum.**

Doch das ist in jeder Hinsicht noch lange nicht alles. Man hat viel mehr als das getan, und wird auch noch mehr tun. Schon steht eine neue Revision der VGR Daten an, die das BIP wiederum kräftig erhöhen soll. Zwar werden nahezu zeitlich auch mehr Staatsschulden eingerechnet, doch andere Relativzahlen, **wie die Neuverschuldung oder Abgabenquote,** werden davon erheblich profitieren. Und mit Sicherheit werden sich diverse Politiker nicht zu blöd dafür sein, die erfolgreiche Senkung der Abgabenquote auf ihre Fahnen zu schreiben.

Hier liegt wohl überhaupt ein Problem welches in letzter Konsequenz unsere Welt auf den Kopf zu stellen droht. Es handelt sich ja nur um Zahlen die nur wenigen bekannt sind, über die kaum gesprochen wird, und die sich einem emotionalen Zugang leicht entziehen. Tatsächlich aber stellen sie das Fundament unserer Republik dar. Wir sind die Insel der Seligen, wir glauben uns ginge es im Vergleich mit anderen immer noch besser. Diese Ansprüche basieren jedoch auf nichts anderem als solchen nackten

Zahlen. Sie werden von der Politik ganz bewusst dazu eingesetzt die Öffentlichkeit zu kalmieren.

Um es mit Bill Clinton zu halten: „It's the economy, stupid“. Erfolg oder Misserfolg in Wirtschaftsangelegenheiten entscheidet seit jeher über das Schicksal von Regierungen. **Wenn nun die Regierung ihrerseits öffentliche Institutionen, die ihr eigentlich ein objektives Zeugnis ausstellen sollten, dazu missbraucht das Volk (Anm.: und deren Meinung) zu manipulieren, dann überschreitet die Demokratie (Anm. Regierung!) eine feine Linie Richtung Autokratie.**

Liebe BlogleserIn,

aus dieser Quelle zur weiteren Verbreitung entnommen:

<http://www.wirtschaftsblog.info/archiv/2013/die-fiktiven-eigenheimmieten/>

Die fiktiven Eigenheimmieten

Mit **imputieren** meint man in der Statistik das **Zuweisen von Werten** für andernfalls nicht erhobene Daten, also **ein Synonym für schätzen**. Imputierte Mieten sind jene Mieten die niemand zahlt, weil er sie in der Regel an sich selbst überweisen müsste. In der Realität sind solche Eigenheimmieten also reine Fiktion, in der Statistik hingegen **wird die Fiktion zur Realität**.

Imputierte Mieten sind ein fester Bestandteil unseres Bruttoinlandsprodukts, wenn auch einer der nirgendwo explizit ausgewiesen wird. In der Verwendungsrechnung werden sie als privater Konsum veranschlagt, in der Verteilungsrechnung als Kapitaleinkommen. Über den privaten Konsum lässt sich auch die ungefähre Höhe der imputierten Mieten ermitteln.

2011 betragen die privaten Konsumausgaben 165,8 Mrd. Euro, davon entfielen **26,5 Mrd. auf den Posten „Mietzahlungen inkl. Imputationen“**. Beides lässt sich **hier** leicht einsehen. Auch ohne genaue Sachkenntnis ließe sich schon erkennen, dass es sich kaum nur um die tatsächlichen Mieten handeln kann. Bei etwa 3,7 Mio Haushalten, von denen über die Hälfte im Eigenheim wohnt, läge der Mietaufwand sonst bei durchschnittlich etwa 16.000 Euro im Jahr. Weit mehr als sich der Durchschnittsbürger leisten könnte.

Tatsächlich setzen sich die 26,5 Mrd. Euro Mietaufwand aus drei Komponenten zusammen: **echte Mieten, imputierte Mieten und Betriebskosten**. Die quantitative Aufteilung lässt sich anhand der „Konsumerhebung 09/10“ abschätzen.

Ausgabengruppe	in Euro/Monat
Wohnen, Energie	691
Tatsächlich gezahlte Wohnungsmieten	126
Imputierte Mieten	258
Wohnungsinstandhaltung	58,4
Betriebskosten, sonstige Zahlungen	101
Energie	137

Demnach machen die imputierten Mieten 53,2% ($= 258 / (126 + 258 + 101)$) des in der Konsumstatistik ausgewiesenen Mietaufwands aus. Das entspräche also $26,5 * 0,532 = 14,1$ Mrd. Euro. Da das BIP 2011 bei 300,7 Mrd. Euro lag, bedeuten die imputierten Mieten einen Aufschlag von knapp 5%. Dank der fiktiven Eigenheimmieten sind wir also alle reicher, unsere Abgabenquote ist um ca. 2,4% niedriger, die Staatsverschuldung fällt um einige Prozentpunkte niedriger aus, und natürlich auch die Neuverschuldung.

Dabei könnte man die Sache auch wohlwollend betrachten. Ein Heim liefert einen Nutzen, ganz unabhängig davon ob man es zur Miete oder als Eigentum bewohnt. Wenn dieser Nutzen nun unabhängig von der Ausprägung der Nutzungsform in die Wirtschaftsleistung eingerechnet wird, dann scheint das durchaus konsequent. Einer der Hauptgründe dafür das zu tun, wird denn auch damit argumentiert, dass nur so die Vergleichbarkeit zwischen unterschiedlichen Volkswirtschaften gewährleistet würde. Man muss bedenken, dass unterschiedliche Länder auch ganz unterschiedliche Quoten an Eigenheimbesitzern bzw. Mietern haben. Doch der Teufel liegt im Detail.

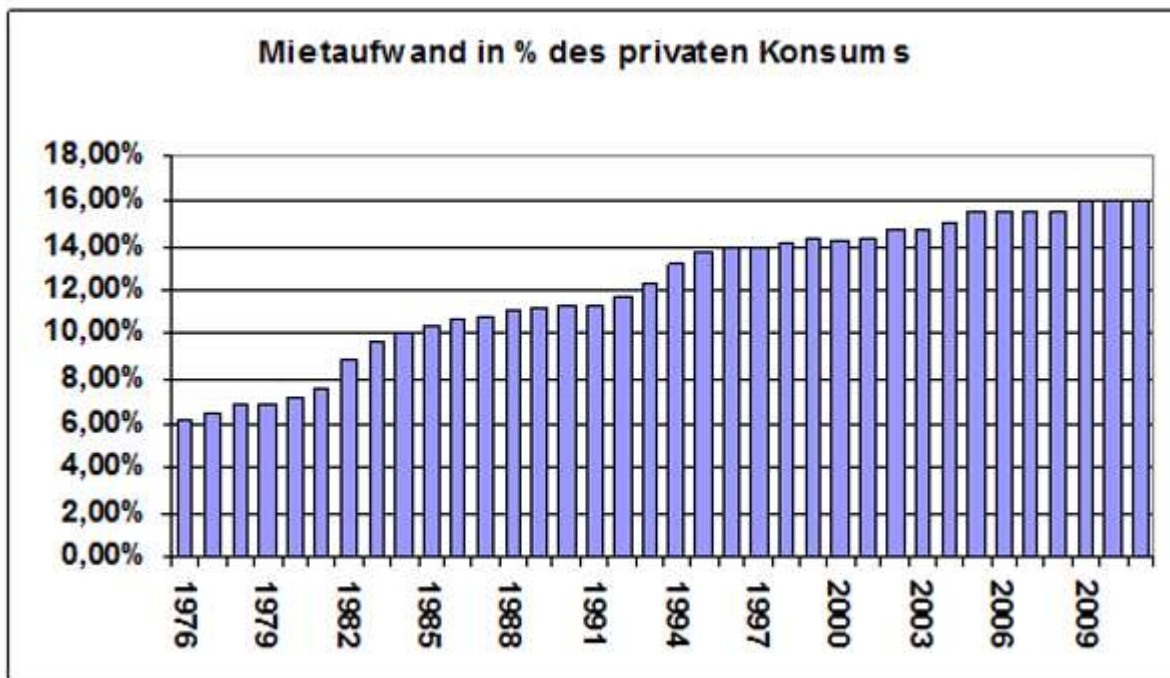
Zum einen gibt es eine Regel in der VGR, die besagt, dass jene Leistungen die Menschen mit eigenen Mitteln für sich selbst (unentgeltlich) erbringen, nicht zur Wirtschaftsleistung zu zählen sind. Wirtschaften hat etwas mit Interaktion, dem Austausch von Waren oder Dienstleistungen zu tun. Sport zu machen, Körperpflege, etwas zu kochen oder Briefmarken zu sammeln mögen adäquate Tätigkeiten sein, ihnen fehlt aber der Charakter des Wirtschaftens. Diese Dinge dem BIP zuzuschätzen würde notwendiger Weise zur völligen Beliebigkeit führen. Und dennoch geht man bei den fiktiven Eigenheimmieten eben diesen Weg.

Ein semantisches Problem ergibt sich, wie angesprochen, wenn sich etwa die Abgabenquote aufgrund solcher Zuschätzungen reduziert. Es entstehen so Verzerrungen, die über die realen Verhältnisse täuschen. Die

Tatsache, dass Auskünfte über diese relativierenden Faktoren der Wirtschaftsleistung nicht einmal im Kleingedruckten zu finden sind, dass man, wie etwa bei der Zuschätzung Schattenwirtschaft, die Zahlen gänzlich verweigert (Statistisches Bundesamt) oder bewusst falsche Zahlen behauptet (Statistik Austria), lassen eine gezielte Täuschung vermuten.

Auch wenn es, wie wir hier demonstrieren, durchaus möglich ist, diese Zahlen zu ermitteln, so wird die Kenntnis darüber durch die Kommunikationspolitik der Statistikämter erheblich beeinträchtigt. Es gibt eben keine „offiziellen“ Zahlen dazu. Dadurch wird erfolgreich suggeriert, dass es diese Dinge gar nicht gäbe. Ein Irrtum dem die meisten Wirtschaftsexperten (von Laien ganz zu schweigen) tatsächlich unterliegen.

Nun ist es aus politischer Sicht eine feine Sache, wenn man dank imputierte Mieten das BIP erhöhen und gleichsam Schulden- oder Abgabenquote senken kann. Viel reizvoller ist es jedoch zu jeder Zeit die Wachstumsraten aufzupeppen. **Könnten die fiktiven Eigenheimmieten dazu einen Beitrag leisten?** Sehen wir uns dazu die Konsumstatistik unter besonderer Berücksichtigung des Mietaufwands an.



Ein Anstieg von 6 auf 16% ist keine Kleinigkeit. Wie wir schon wissen, besteht dieser Mietaufwand heute zu 53% aus fiktiven Eigenheimmieten. Die interessante Frage wäre die, wie dieses Verhältnis 1976 ausgesehen haben dürfte. Damals jedenfalls wurden imputierte Mieten noch gar nicht dem BIP hinzugeschlagen. **Inzwischen wurden die Daten rückwirkend revidiert und das BIP fällt im Vergleich zu den**

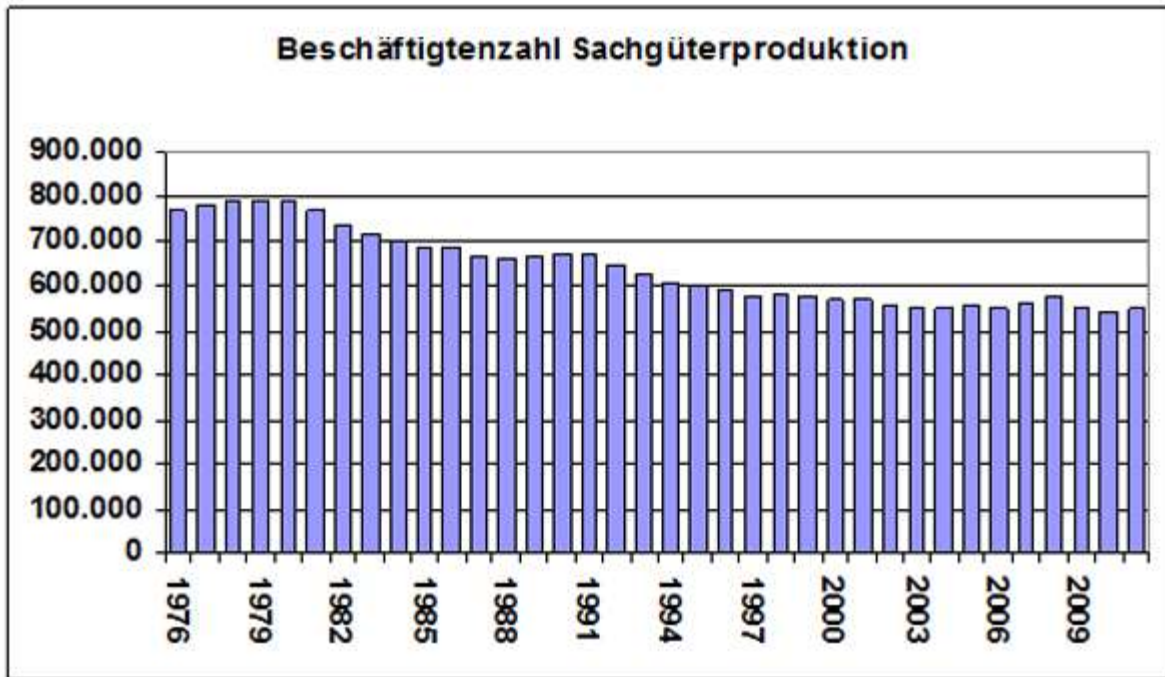
ursprünglichen Angaben um etwa 5% höher aus. Das wäre genug Spielraum um auch rückwirkend imputierten Mieten Platz zu bieten.

Dennoch gibt es hier nur zwei mögliche Betrachtungsweisen. Entweder blieb der Anteil der fiktiven Eigenheimmieten über den Betrachtungszeitraum mehr oder minder konstant. Dann wäre Wohnen jedenfalls der Preistreiber schlechthin über den gesamten Zeitraum gewesen. Dann wäre aber auch die Frage zu stellen, **wieso der Mietaufwand 1976 noch mit 5% im Warenkorb des VPI gewichtet war, zwischendurch auf 3% sank (zufälliger Weise während der ausgeprägtesten Preissteigerungen), und heute bei nur 4,1% liegt.**

Der Effekt daraus wäre der, dass die fiktiven Mieten zwar durch die Teuerung der tatsächlichen Mieten höher eingeschätzt worden wären, diese Preissteigerung sich aber nicht auf die allgemeine Teuerung ausgewirkt hätte, da die fiktiven Mieten ja gar nicht erst in den Warenkorb einbezogen sind. Selbst wenn, hätte das keinen Effekt, da die Teuerung der Verbraucherpreise traditionell nicht revidiert wird. **Es läge also ein statischer Fehler vor der uns fälschlich reicher machen würde als wir sind.**

Die Alternative wäre noch schlimmer. Was wenn man die fiktiven Mieten einfach „oben drauf“ geschlagen hätte, man also im Jahr 1976 mit 0% Zuschlag angefangen, und nachfolgend, je nach konjunkturellem Bedarf, mehr und mehr davon hinzugegeben hätte. Damit hätte man nicht nur 5% zusätzliches Wirtschaftswachstum erfunden, man hätte es auch noch dort einfügen können, wo eigentlich Rezessionen stattfanden.

Nun korrelieren die Wachstumssprünge des Mietaufwands (anfang der 80er und Mitte der 90er) nicht wirklich mit negativen oder zumindest sehr schwachen Wachstumsraten des BIP. Sollten diese manipuliert sein, wäre das jedoch auch kein sinnvolles Indiz. Wir könnten die These aber anhand eines anderen Konjunkturindikators prüfen, etwa der Arbeitsplätze in der Sachgüterproduktion. Bitte sehr:



..wie der Zufall so spielt. Ja, die Jobs in der Sachgütererzeugung, oder auch die etwas enger gefassten Arbeitsplätze in der Industrie, zeigen recht unversöhnlich jede Konjunkturdelle an. Irgendwas muss Anfang der 80er und Mitte der 90er geschehen sein, etwas was wir in den offiziellen Wachstumsraten so nicht finden können. Und ja, die Entwicklung des Mietaufwands korreliert auffallend präzise mit dieser Statistik. Eine wissenschaftliche Erklärung dieses interessanten Phänomens steht meines Wissens noch aus.

Bezüglich der Redlichkeit der Statistik bedeutet das jedenfalls nichts Gutes.

Hier Informationen aus Deutschland, die bei uns allerdings gleichgelagert ist! (siehe auch Artikel am Ende über VPI, etc. ...)

(Quelle: <http://faceblogs.eu/index.php/geld-und-banken/199-finanzcrash-2014-und-die-luege-der-inflation?lang=de>)

Wem nützt eine künstlich niedrige Inflationsrate?

Nutznieser von künstlich niedriger Inflation sind alle Schuldner, denn sie können sich auf niedrige Zinsen freuen. Der größte Schuldner ist der Staat. Auch die Wirtschaft freut sich über eine Inflation die geringer ausgewiesen wird, wie sie tatsächlich ist.

So haben Arbeitnehmervertreter kaum noch Argumente für Lohnerhöhungen, obwohl ihre tatsächliche Kaufkraft immer weiter sinkt. (Anm: Also nützt diese auch allen Arbeitgebern!)

Auch Renten, Sozialleistungen und andere Transfers sind quasi an die offizielle Inflation gekoppelt. (Anm: Also nützt dies nochmals für den Staat/Pensionskassen, da nicht so viel Geld für die Pensionisten und Ärmern ausbezahlt werden muss!)

All diese Menschen werden durch diesen Taschenspielertrick betrogen.

Beispiel: Im Statistischen Warenkorb sind Nahrungsmittel mit 10,3 Prozent und Stromkosten mit 2,6 Prozent gewichtet. Alles klar, oder?“ Inflationsrate wird systematisch zu niedrig berechnet“. Zu diesem Ergebnis kommt auch der Investor-Verlag.

Hier Informationen aus Deutschland, die bei uns allerdings gleichgelagert ist! Und hier noch aus dieser Quelle zur weiteren Verbreitung entnommen:

http://www.focus.de/finanzen/boerse/preise-die-inflationsluege_id_3416634.html v. 20.11.13

Die offizielle Inflationsrate stimmt hinten und vorne nicht. Warum Politik, Banken und Wissenschaft Nebelkerzen werfen – und wie sich Anleger schützen

München. Ein italienisches Restaurant. Zugegeben: eines der nicht ganz billigen Sorte. Der Espresso steht mit 2,55 Euro auf der Karte. Eine Portion Nudeln mit 16,50 Euro. Rechnen Sie einmal nach: Das sind mehr als fünf Mark für den Kaffee und 32 Mark für die Pasta. Hätte Ihnen das ein Wirt 2001 berechnet, hätten Sie ihn wahrscheinlich für verrückt erklärt. Aber nicht nur die Preise im Restaurant haben sich verdoppelt.

Heftige Preissteigerungen, die in keiner offiziellen Statistik auftauchen. Notenbanken, die frisches Geld ohne Ende drucken. Regierungen, die immer neue Schulden machen. Und alle wiegeln ab: Inflation ist kein Problem, sagen Zentralbanker, Politiker, Banken und Wissenschaftler beinahe unisono. Warum sie Nebelkerzen werfen und wie Anleger ihr Vermögen gegen Inflation und Niedrigzinsen langfristig schützen, lesen Sie auf den folgenden Seiten.

Es besteht ein scheinbarer Widerspruch zwischen der Deflationsangst der Europäischen Zentralbank, die deswegen jüngst den Leitzins senkte, und der von den Verbrauchern wahrgenommenen Inflationsrate, die der persönlichen Inflationsrate entspricht. „Der Warenkorb eines Normalbürgers enthält viel mehr Dienstleistungen, Gesundheit, Nahrungsmittel und Energie, als es die offizielle Inflationsrate suggeriert: Ich sehe eine tatsächliche Inflation von vier bis fünf Prozent bei denjenigen, die auch die Hauptgruppe der Sparer stellen“, analysiert Wirtschaftsprofessor Max Otte. Auf der Internet-Seite des Statistischen Bundesamts

(<https://www.destatis.de/DE/Service/InteraktiveAnwendungen/InflationsrechnerSVG.svg?view=svg>) können Anleger inzwischen ihre eigene „gefühlte“ Inflationsrate berechnen. Mit dem „persönlichen Inflationsrechner“ können Bürger die Gewichtung der Güter an die eigenen Kaufgewohnheiten anpassen.

Auch wenn man einen Blick auf die Güter des Verbraucherpreisindex mit den größten Ausgabenanteilen wirft, kann etwas mit der persönlichen Inflation nicht stimmen. Nettokaltmieten fließen mit 212,17 Promille in den offiziellen Warenkorb ein. Benzin mit 29,82, Reisen mit 29,51 und neue Pkws mit 28,59 Promille.

Nettokaltmieten sind aber in den zehn größten Städten Deutschlands allein im vergangenen Jahr um 7,9 Prozent in die Höhe geschneilt. Da bis 2025 in Deutschland etwa eine Million Wohnungen fehlen, dürfte sich die Lage für Mieter kaum entspannen. Der Preis für Superbenzin hat in den vergangenen drei Jahren um 30 Prozent zugelegt. In den acht Jahren davor hatte sich der Spritpreis bereits verdoppelt. 1974 kostete ein VW Golf zum Start des Wolfsburger Erfolgsmodells in der Basisausstattung genau 7995 D-Mark. Das entspricht 4088 Euro. Heute kostet der Basis-Golf mit 16 975 Euro mehr als viermal so viel. Dass der Golf eine bessere Ausstattung hat (was das Statistische Bundesamt bei seiner Berechnung inflationsmildernd berücksichtigt), nützt dem Verbraucher nichts. Er muss trotzdem mehr bezahlen.

Irrtum 1: Der Warenkorb

Die Beispiele zeigen, dass hier etwas nicht stimmen kann: Das Statistische Bundesamt weist jeden Monat eine Inflationsrate aus. Die wenigsten Deutschen „fühlen“, dass das auch ihrer persönlichen Preissteigerung in ihrem Leben entspricht. Daher stammt das Urteil, der Warenkorb sei falsch, die Inflationsrate manipuliert. Aber: Der Warenkorb ist bestimmt nicht falsch, er beruht auf repräsentativen Daten des Statistischen Bundesamts, und an eine Manipulation glaubt praktisch niemand. Nur: Der Warenkorb eines Singles entspricht nicht dem einer Familie, der Warenkorb eines Niedrigverdieners entspricht nicht dem eines Top-Verdieners, der Warenkorb eines 70-Jährigen entspricht nicht dem eines 20-Jährigen.

Die DekaBank, das Wertpapierhaus der Sparkassen, verbildlicht die „persönliche“ Inflationsrate. „Der Student Felix Fleißig wendet in seinem (zugegeben vereinfachten) Warenkorb einen Großteil seiner Mittel für Bildung auf“, definieren die Experten ihr erstes Beispiel. 30 Prozent entfallen bei dem genügsamen Studenten auf Miete und Nahrung. Den Rest seines Einkommens gibt Fleißig für Kommunikation aus. Der Preis für den Felix-Fleißig-Warenkorb stieg in den vergangenen Jahren deutlich langsamer als die offizielle Inflationsrate: Der jährliche Durchschnitt lag von 2000 bis 2012 lediglich bei 0,04 Prozent pro Jahr. Deutlich teurer wurde dagegen das Leben von Lars Lebemann seit der Jahrtausendwende: Der größte Teil seines Einkommens fließt in alkoholische Getränke, Restaurantbesuche, Taxifahrten und Reisen. Sein

Warenkorb wurde seit 2000 um jeweils 3,31 Prozent pro Jahr teurer – und lag damit deutlich über der offiziellen Inflationsrate. Die Diskrepanz zwischen den beiden von der DekaBank gut illustrierten Beispielen wirft Fragen auf.

„Die Regierung spricht von zwei bis drei Prozent Inflation – wir persönlich haben eher den Eindruck, als seien es zehn Prozent. Woher kommt der Unterschied?“, fragt auch **Dirk Müller** in seinem Bestseller „Crashkurs“. „Sie kennen das: Der Bonzettel im Supermarkt wird zwar immer kürzer, der Betrag, der unten als Summe steht, aber immer höher. Und dennoch haben wir angeblich kaum Inflation. Wie geht denn das?“, wundert sich der ehemalige Börsenhändler.

Seine Antwort – mit einem kräftigen Schuss Ironie versehen: „Man bilde einen sogenannten ‚Warenkorb‘: Da komme einfach alles rein, was der Bürger (angeblich) braucht, und schaue dann, wie sich diese Preise verändern. Das klingt ganz gut, ermöglicht aber eine Menge Tricks“, weiß Müller. „Ich kann die Zusammenstellung in meinem Warenkorb beispielsweise so ändern, dass ich von den Dingen, die teurer werden, einfach weniger in den Warenkorb lege und dafür mehr von jenen Dingen, deren Preise fallen.“

Genau das sei geschehen, folgert Müller: So wurde beispielsweise die Gewichtung von Lebensmitteln, deren Preise in den letzten Jahren dramatisch anzogen, von 13,1 Prozent im Jahr 1995 auf 10,4 Prozent im Jahr 2005 reduziert! Gleichzeitig wurde der Anteil von Freizeit und Kultur, zu dem auch die immer billiger werdenden Fernreisen zählen, von 10,4 auf 11,6 Prozent erhöht. „Im Klartext heißt das: Man will der armen Rentnerin erklären, dass sie halt Pech hat, wenn ihr ganzes Geld, das sie nach den Ausgaben für Wohnen und Heizen noch übrig hat, für immer teurere Lebensmittel draufgeht“, illustriert der Experte. „Würde sie weniger essen und stattdessen öfter nach Mauritius fliegen, hätte sie auch nicht so eine hohe persönliche Inflationsrate – was für ein Zynismus!“, empört sich Müller.

Irrtum 2: Die hedonische Methode

Dazu komme dann auch noch die hedonische Methode. Das klinge schon so, dass man sich gar nicht erst damit beschäftigen will, meint Müller – und so solle es auch sein. „Auf Deutsch klingt das schon viel interessanter: ‚Lustzugewinn‘ – da wird man doch hellhörig“, sagt der Experte. Zur Erklärung führt er ein Beispiel an: ein neuer Computer. Für einfache Word-Anwendungen und etwas Internet-Surfen reicht das simpelste Modell. Der PC kostet 1100 Euro. Im Jahr zuvor waren es noch 1000 Euro – heute sind es zehn Prozent mehr. „Aber am Ausgang steht ein Statistiker und rechnet Ihnen vor: ‚Nein, nein! Das sehen Sie völlig falsch! Letztes Jahr hatte der PC zwei GHz. Jetzt hat der Prozessor vier GHz. Da haben Sie ja einen Lustzugewinn von 100 Prozent!! Und das für nur zehn Prozent mehr Geld.“ Für den Statistiker ist der Computer also viel billiger geworden. Ob der Kunde die Mehrleistung überhaupt will oder braucht, danach fragt der Statistiker natürlich nicht – warum sollte er auch? Das Ziel der Berechnungsmethode ist doch erreicht.

Der amerikanische Informationsdienst Shadowstats.com, der seit Jahren eine andere Art der Inflationsberechnung durchführt, nennt weitere Beispiele für die hedonische Berechnung – und deren Absurdität: In Seminarunterlagen für amerikanische Studenten setzten die Verlage ab einem bestimmten Zeitpunkt Farb- statt Schwarzweiß-Bilder ein. Nach Meinung der Statistiker eine klare Verbesserung. Mit der Folge, dass die Unterrichtsbücher bei der Bemessung für den Warenkorb billiger wurden. Ein Student rechnet aber anders: Welches Budget muss ich am Anfang des Semesters für Bücher einplanen? Ob die Bilder dann farbig sind oder nicht, ist ihm dabei völlig egal. Er braucht ohnehin nur den Text. „Der Verbraucher muss die neuen Entwicklungen erst einmal aus seinem Geldbeutel und seinem Nettogehalt bezahlen – unabhängig davon, wie die Regierung hedonische Verbesserungen festgelegt hat“, kritisieren die Experten von Shadowstats.com.

Ein weiterer Kritikpunkt: Vermeintliche Produktverbesserungen fließen in die Warenkorbrechnung ein, nicht aber eine Verschlechterung. Als Beispiel nennen die Shadowstats.com-Experten die amerikanischen Fluggesellschaften: Die haben in den vergangenen Jahren immer mehr Passagiere auf immer schmalere Sitze in ihre Maschinen gequetscht, am Essen und Trinken gespart und Verspätungen auf Grund von Einsparungen bei der Flugzeugwartung in Kauf genommen. So wie in Deutschland auch. Der Preis für die Flugtickets blieb aber weitgehend gleich. Wendete man das hedonische Prinzip im Umkehrschluss an, würde das bedeuten, dass im Warenkorb der Preis für ein Ticket steigen müsste. Das aber gilt nicht für die amtlichen US-Statistiken.

Die Berechnungen von Shadowstats.com ergeben, dass die Inflationsrate im Zeitraum von 1980 bis Ende 2011 im Durchschnitt um 0,7 Prozentpunkte pro Jahr zu niedrig angegeben wurde. Zu den Auswirkungen der hedonischen Berechnungsmethode kamen vor allem Änderungen in der Zusammensetzung des offiziellen Warenkorbs – die von der Politik so gewollt waren und es heute noch sind.

Beispielsweise dürfen in den USA höherpreisige Waren gegen billigere ersetzt werden, wenn die Preise für die teuren Güter zu stark steigen: Es fließen, vereinfacht gesagt, mehr Hamburger ein, wenn die Steakpreise nach oben gehen. Aber die Statistiker gehen noch einen Schritt weiter: Sie setzen auf ein rein mathematisches Modell, bei dem das Gewicht von Gütern, die im Preis steigen, einfach im gleichen Maß herabgesetzt wird. Dieses Verfahren wird im Übrigen auch bei der deutschen Inflationsberechnung angewandt.

Irrtum 3: Die Berechnung

Neben der Berechnungsmethode von Shadowstats.com gibt es eine einfache Faustformel, die in der volkswirtschaftlichen Forschung eingesetzt wird. Danach

entspricht die Inflationsrate dem Wachstum der Geldmenge minus dem Wirtschaftswachstum. Das ist logisch. Denn eigentlich sollte die Geldmenge durch die Wirtschaftsleistung eines Staates gedeckt sein. Ist sie das nicht, steht der Geldvermehrung keine gestiegene Wirtschaftsleistung gegenüber. Das Ergebnis heißt Inflation. Aus dieser Berechnungsmethode ergibt sich für Deutschland, dass die Preise von 2001 bis Ende 2012 um 66 Prozent gestiegen sind – und nicht um gut zwölf Prozent, wie es die offizielle Statistik glauben machen will. In anderen Worten: Die „wahre“ Inflationsrate lag im Durchschnitt dieser Jahre eher bei sechs als bei den offiziell vermeldeten 1,55 Prozent. Zwar ging die Steigerung der Geldmenge in den vergangenen Monaten deutlich zurück, aber das in den Vorjahren geschaffene „frische Geld“ steckt immer noch im Finanzsystem – und entfaltet weiterhin seine Wirkung.

Die niedrigere Inflationsrate hat Auswirkungen auf andere Konjunkturdaten: Weltweit ist es üblich, beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt auf realer Basis anzugeben – das heißt nach Abzug der Inflationsrate. Da ist es natürlich deutlich schöner, wenn auf der abzuziehenden Seite, sprich bei der Inflation, ein kleinerer Wert steht.

Ist das aber der einzige Grund, warum die Behörden in Deutschland, in den USA und in vielen anderen Ländern die Inflationsraten gern nach unten rechnen? Wohl kaum. Ein Zitat des berühmten britischen Ökonomen John Maynard Keynes (1883-1946) dürfte es auf den Punkt bringen: „Mit dem kontinuierlichen Prozess der Inflation kann der Staat heimlich und unbeachtet einen großen Teil des Reichtums seiner Bürger konfiszieren. Mit dieser Methode können die Regierungen nicht nur konfiszieren, sondern willkürlich konfiszieren (. . .) Der Prozess stellt alle verborgenen Kräfte der ökonomischen Gesetze in den Dienst der Zerstörung, und er macht es auf eine Art und Weise, die nicht einer aus einer Million Menschen zu erkennen vermag.“

Wie es zu diesem Prozess kommt, beschreibt Bestsellerautor Dirk Müller in seinem „Crashkurs“ anschaulich: „Unser Wirtschaftssystem ist auf Verschuldung angelegt, auf Konsumieren und Investieren, bevor die eigentliche Leistung erbracht wurde. Also wird einfach mehr Geld herausgegeben, als Wirtschaftsgüter existieren. Der Staat nimmt zum Beispiel einfach mal aus dem Nichts heraus neue Schulden auf (schafft also de facto neues Geld), um Straßen zu bauen.“ Allerdings Sorge unser System dafür, dass dies von Jahr zu Jahr neu geschehe. Nämlich immer mehr Verschuldung, um immer wieder Jahr für Jahr die Wirtschaft neu wachsen zu lassen. Das wäre so weit kein Problem, gäbe es nicht den Zins- und Zinseszinsseffekt. „Denn von Jahr zu Jahr wachsen der Schuldenberg und die Zinslast. Also muss der Staat immer mehr Geld neu schaffen (**Kredit aufnehmen**), von dem ein immer größerer Teil nicht mehr zur Stimulierung der Wirtschaft, sondern zur Bedienung der Zinsen verwendet wird“, erläutert Müller.

„Die US-Notenbank muss Staatsanleihen ausgeben, nur um die Zinsen bezahlen zu können“, wettet **Marc Faber**. Der berühmte Großanleger und Investmentexperte rechnet vor: Schon jetzt halte die Notenbank knapp ein Drittel aller US-Schuldapiere.

Jede Woche kämen 0,23 Prozent hinzu, analysiert Faber. „Irgendwann würden sich die USA vollständig über die Notenpresse finanzieren müssen“, meint der Experte.

Die Finanzierung der Staatsschulden durch die Notenpresse schadet den Sparern massiv – sie erhalten nur noch Minizinsen. Wenn sie überhaupt noch etwas für ihre Einlagen bekommen. Kommt noch ein Aufflammen der Inflation dazu, schmelzen Ersparnisse und die Altersvorsorge schnell zusammen. Und: Lautete die Faustformel vor zehn Jahren, dass die Bürger rund zehn Prozent ihres Nettoeinkommens für die Altersvorsorge zurücklegen sollten, brauchen sie in Zeiten der staatlich verordneten Minizinsen mindestens 15 Prozent. Auch das schmälert den Geldbeutel.

Die Notenbanken finanzieren durch die Ausweitung ihrer Bilanzen die Staatsverschuldung – vor allem in den USA, aber auch in Europa und in Japan. Ein anderes Wort für die Ausweitung ist: Gelddrucken. Dieser Prozess läuft seit 2008, seitdem die Notenbanken alles dafür tun, die Folgen der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg zu dämpfen. Bisher hat das Gelddrucken rund um den Globus noch nicht dazu geführt, dass die offiziellen Verbraucherpreise steigen. Das wäre auch nicht im Sinn der hochverschuldeten Staaten. Denn: Bei höheren Inflationsraten verlangen die internationalen Investoren höhere Zinsen, wenn sie den Regierungen Geld leihen sollen. Und die können sich die USA, Europa oder Japan angesichts ihrer Rekordverschuldung überhaupt nicht leisten.

Bei Sachwerten entsteht dagegen zurzeit sehr wohl eine Blase: „Wir haben eine Phase gewaltiger Inflation bei Aktien, Anleihen und Immobilien. Wir haben im Grunde genommen eine riesige weltweite Vermögensblase. Alles ist massiv aufgeblasen“, orakelt Vermögensverwalter Faber.

Dabei ist noch nicht einmal klar, wie viele Billionen auf dem Spiel stehen. Zwar sinkt die Bilanzsumme der Europäischen Zentralbank offiziell seit Monaten. Aber Berichten zufolge ist in diesen Zahlen nicht die ganze Wahrheit enthalten: Im sogenannten STEP-Programm, mit dem die französische Nationalbank unkontrolliert Anleihen der einheimischen Banken als Sicherheit für Kredite ausgeben kann, sollen sich nach Schätzungen von Experten Kreditschulden von 1300 Milliarden Euro türmen. Damit wäre der Rückgang der Bilanzsumme schon weit mehr als ausgeglichen.

Noch verursachen die frisch gedruckten Billionen Euro, Dollar und Yen keine Inflation auf der Ebene der Verbraucherpreise. Noch. „Wenn sich die Wirtschaft erholt und Banken bessere Gelegenheiten bekommen, ihre Reserven als Kredite zu vergeben, könnte die Ausweitung der Zentralbankbilanzen dazu führen, dass die Kreditbedingungen lockerer werden, die Geldmengenaggregate schneller wachsen und sich die Inflation beschleunigt“, warnt Gert Peersman, Professor an der Universität Gent, in einer großen Studie für das Global Finance Institute, einem Think Tank, der von der Deutschen Bank unterstützt wird. Dann steigt auch die offizielle Inflation.

Einkommensverlust in Österreich am stärksten – derStandard.at

<http://derstandard.at/1345164646657/Reale-Einkommen-Euro-Einfuehrung-Rueckgang-Oesterreich>

Österreich: Die niedrige Inflationsrate täuscht – diePresse.com

<http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/1442295/>

Österreich: Die niedrige Inflationsrate täuscht

Die Inflationsrate ist auf zwei Prozent gesunken. Doch dieser Wert sagt wenig aus. Durch niedrige Zinsen und versteckte Steuererhöhungen werden die Österreicher enteignet. Eine Analyse.



niedrige Inflationsrate täuscht – (c) Erwin Wodicka - BilderBox.com (Erwin Wodicka - BilderBox.com)

[150 Kommentare](#)



CHRISTIAN HÖLLER

16.08.2013 um 18:43

Wien. Auf den ersten Blick ist es eine Jubelmeldung: Laut Angaben der Statistik Austria ist die Inflationsrate im Juli auf zwei Prozent gesunken. Im Juni war sie bei 2,2 Prozent gelegen. Trotzdem schneidet Österreich schlechter ab als andere Länder. In der Eurozone verzeichnete man im Juli eine Inflationsrate von 1,6 Prozent. Doch egal, ob zwei Prozent oder 1,6 Prozent: Viele Verbraucher haben das Gefühl, dass Geld immer weniger wert wird. Und das zu Recht.

Der Verbraucherpreisindex ist seit 2010 kumuliert um 7,6 Prozent gestiegen. Aussagekräftiger ist mit einem Plus von 10,7 Prozent der sogenannte Mikrowarenkorb, der Güter des täglichen Bedarfs umfasst. Noch schlimmer sieht es beim Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf) aus. Dieser legte seit 2010 um 12,3 Prozent zu.

Welche Produkte haben sich in den vergangenen drei Jahren besonders stark verteuert? Die massivste Preissteigerung gab es in der Kategorie „Erziehung und Unterricht“ mit 13,4 Prozent. Auf Platz zwei liegen Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke mit 11,3 Prozent. Dahinter folgen alkoholische Getränke und Tabak mit 11,1 Prozent. Auch in den Kategorien Wohnung, Wasser, Energie und Verkehr gab es Preisschübe. Billiger geworden sind in den vergangenen drei Jahren nur Schuhe und Bekleidung.

ÖVP und SPÖ zögern

Die Preissteigerungen sind vor allem deswegen eine Belastung, weil sich die Gehälter bei Weitem nicht so gut entwickelt haben.

Laut Statistik Austria erhöhten sich die Nettojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen zwischen 2010 und 2011 im Durchschnitt um 0,5 Prozent. Die Zahlen für 2012 liegen noch nicht vor. Zwar versprechen SPÖ und ÖVP im Wahlkampf unermüdlich, dass sie Menschen mit mittleren Einkommen entlasten wollen. Doch das hätten sie schon längst tun können.

Trotz schwacher Konjunktur und hoher Arbeitslosigkeit verzeichnete Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) im ersten Halbjahr 2013 bei den Einnahmen aus der Lohnsteuer ein Plus von 6,3 Prozent. Schuld daran ist unter anderem die kalte Progression. Denn anders als Löhne und Preise steigen die Steuergrenzen nicht mit der Inflation. Arbeitnehmer, die beispielsweise einen jährlichen Inflationsausgleich erhalten, landen nicht selten automatisch in einer höheren Steuerklasse. Wegen der kalten Progression bleibt vom Plus aber nicht viel übrig. Jedes Jahr nimmt der Staat auf diese Weise über eine halbe Milliarde Euro mehr ein.

„Die kalte Progression bedeutet eine stille Steuererhöhung, die nie demokratisch beschlossen wurde“, kritisierte jüngst Christian Keuschnigg, Chef des Instituts für Höhere Studien (IHS). In der Vergangenheit gab es Ankündigungen von SPÖ und ÖVP, hier etwas unternehmen zu wollen. Doch passiert ist vorerst nichts.

Proteste halten sich in Grenzen

Eine schleichende Enteignung gibt es auch durch die Europäische Zentralbank (EZB). Denn Sparen zahlt sich schon seit Langem nicht mehr aus. Der Leitzins bleibt in der Eurozone auf einem historischen Tief von 0,5 Prozent. Berücksichtigt man die Inflationsrate und die Kapitalertragsteuer, ist Sparen demnach ein klares Verlustgeschäft.

In Österreich haben Sparer von 2010 bis 2012 durch die negativen Realzinsen zehn Milliarden Euro verloren. Auch Inhaber von Lebensversicherungen und Pensionskassen kommen zum Handkuss. Alle Experten gehen davon aus, dass die Zinsen für Sparbücher auch in den nächsten Jahren niedrig bleiben werden. Bei bundesschatz.at, der staatlichen Bundesfinanzierungsagentur, müssen sich Privatkunden etwa bei einer fünfjährigen Laufzeit mit einem Zinssatz von 0,9 Prozent pro Jahr zufriedengeben.

Die Sparer nehmen die Enteignung mit stoischer Ruhe hin. Von den niedrigen Zinsen profitieren die Länder, die ihre Schuldenberge abbauen müssen. Auf diese Weise haben sich die USA nach dem Zweiten Weltkrieg saniert. 1945 waren dort die Staatsschulden auf 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts explodiert. Über negative Realzinsen ist der Wert zehn Jahre später auf die Hälfte gesunken.

("Die Presse", Print-Ausgabe, 17.08.2013)

Tragisch dabei ist noch dazu in Österreich: Die Anpassungen bei Löhnen und Pensionen richten sich nach dem VPI (Verbraucherpreisindex)!!1 Allerdings spiegelt der VPI bei **weitem nicht die wahren Kaufkraftverluste** (Inflation) der unteren Einkommen ab!!!! Mieten sind z. B. nur mit 4,07 % gewichtet!!! Eine FRECHHEIT sondern gleichen!!!! schönerte Darstellungen seit Jahren um uns die Wahrheit zu vertuschen – damit wir weiter kuschen?!?!

aus dieser Quelle zur weiteren Verbreitung entnommen:

<http://www.wirtschaftsblog.info/archiv/2013/die-neuerung-der-teuerung/>

Die Neuerung der Teuerung

In Großbritannien tobt seit vielen Jahren ein Streit. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie man die Teuerung richtig ermittelt. Traditionell sind die Briten den retail price index (kurz: RPI) gewohnt. Die Harmonisierungsbemühungen der EU verlangten jedoch nach einem weiteren Index, der 1995 unter dem Namen consumer price index (CPI) eingeführt wurde.

Das Problem besteht nun darin, dass diese beiden Verbraucherpreisindizes sehr unterschiedliche Inflationsraten ausweisen. In den letzten 17 Jahren lag die Differenz durchschnittlich bei knapp 0,8% pro Jahr. Das liegt, neben Unterschieden im Warenkorb, vor allem an der verwendeten Berechnungsformel. Beim RPI wird die Teuerung über ein **arithmetisches Mittel** der einzelnen Posten

errechnet, einer Mischung aus Carli und Dutot Indizes. Der neuere CPI verwendet hingegen einen Jevons Index, also ein **geometrisches Mittel**. Die praktische Auswirkung lässt sich am besten anhand eines Rechenbeispiels demonstrieren:

Nehmen wir an es gäbe zwei Güter, A und B. Beide hätten den selben Ausgangspreis = 100. Nun steigt der Preis von Gut A auf 110, und Gut B sinkt auf 90. Wie hoch ist die Inflation?

Laut „Carli“ errechnet sich das so: $(1,1 + 0,9) / 2 - 1 = 0\%$.

Jevons verwendet das geometrische Mittel: $\sqrt{(110 * 90) / (100 * 100)} - 1 = -0,5\%$

Durch die Verwendung des geometrischen Mittels fällt die Teuerung stets niedriger aus. Statistiker argumentieren, dass damit auch Substitutionseffekte berücksichtigt würden. In dem man von dem relativ günstigeren Gut mehr, vom teureren weniger konsumiert, hätte man also einen zusätzlichen Vorteil. Zumindest in der Theorie macht das auch Sinn.

In der Praxis ergibt sich jedoch ein semantisches Problem. Typischer Weise sind es Elektronikartikel die sich verbilligen, während wesentlich wichtigere Güter die die Grundbedürfnisse abdecken, wie Wohnen, Lebensmittel oder Energie, Inflationstreiber sind. Hier Wohlstandsgewinne durch Substitutionseffekte zu unterstellen ist **weltfremd**. Wenn sich viele Bürger das Heizen nicht mehr leisten können, dann sind leistungsfähigere Handys kein geeigneter Ersatz.

Das könnte uns relativ egal sein, wenn es sich hierbei nur um ein britisches Problem handeln würde. Dem ist aber nicht so. In Österreich wird zwar lebhaft über die Teuerung diskutiert, es zirkulieren sogar (exakte) Zahlen zur „gefühlten“ Teuerung, ein wichtiges Detail scheint dabei jedoch vergessen worden zu sein. Im Methodeninventar zum Verbraucherpreisindex (auf Seite 23) der **Statistik Austria** findet sich folgende interessante Textpassage:

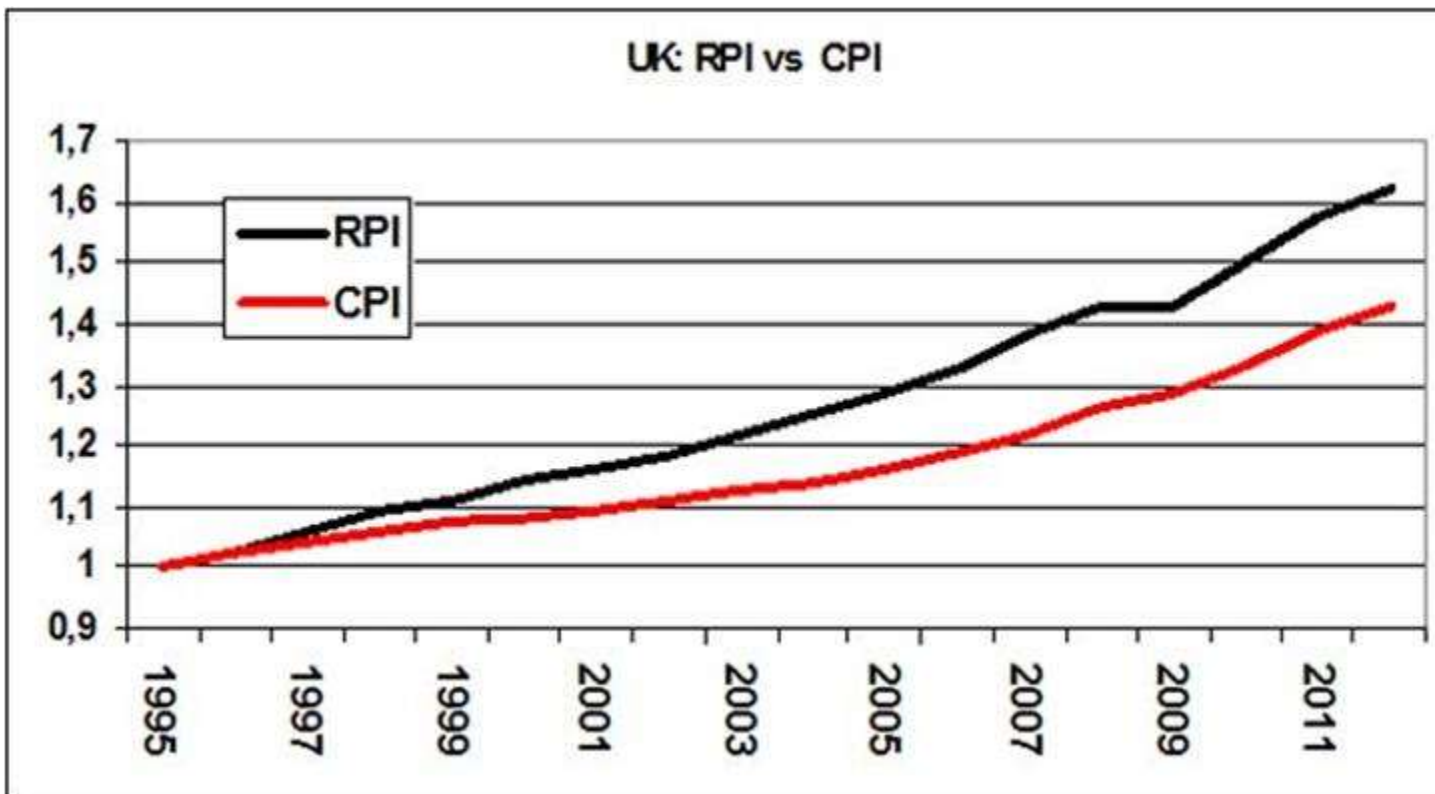
„Als Mittelungsverfahren kommt derzeit nur **das geometrische Mittel** der Preisveränderungen zur Anwendung (Jevons Index). Tabelle 9 enthält die laut EU-Verordnung 1749/96 Anhang II erlaubten Formeln zur Berechnung der Elementaraggregate. Die für **den VPI bis 2005** verwendete Methode des Durchschnittes der relativen Preise (Carli-Index) kann zu Verzerrungen nach oben führen, weshalb sie auf EU-Ebene für die Anwendung beim HVPI untersagt wurde.“

Weitestgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat die Statistik Austria die Berechnungsmethode umgestellt.

Natürlich nur um zu verhindern, dass die Teuerung zu hoch ausfallen könnte, und wer

wollte das schon. Letztlich führt diese Änderung aber doch zu einer niedrigeren Inflation. **Und der Unterschied ist nicht klein.**

Der „VPI neu“, dem nun ein geometrisches Mittel zu Grunde liegt, ist durchaus mit dem britischen CPI zu vergleichen, während der „VPI alt“ eher dem RPI entspricht. Da die beiden Berechnungsformeln in Österreich nicht parallel angewandt werden, lassen sich die quantitativen Effekte der Reform nicht präzise benennen. (Anm. Blogger: Kein wirklicher Vergleich mit vorhanden Zahlen möglich!) Der Formeleffekt wird jedoch in Österreich kaum minder schwer wiegen als in Großbritannien.



In den letzten 17 Jahren lag Inflation in nach RPI bei +63,3%, nach CPI jedoch nur bei +43%. Wenn man bedenkt, dass die Reallöhne in Österreich seit zumindest zwei Jahrzehnten stagnieren, dann wird offensichtlich, wie bedeutend dieser „kleine Unterschied“ ist. Mit dem richtigen Preisindex lassen sich beträchtliche Wohlstandsgewinne argumentieren, die tatsächlich nie stattgefunden haben, bzw. nicht stattfinden werden. Die neue Methode ist erst seit dem Jahr 2005 in Kraft. Übrigens: zwischen 2005 und 2011 stiegen die Reallöhne um durchschnittlich 0,65 Prozent. Mit dem „VPI alt“ wären sie wohl gefallen.
